

# Wenn der Präsident »Nein« zu Kickl sagt

Sollte die FPÖ die Wahl gewinnen, zieht der FPÖ-Chef nicht automatisch ins Kanzleramt ein. Der Bundespräsident hätte noch andere Alternativen für die **Regierungsbildung**. Ein Gedankenexperiment.

✦ VON ELISABETH HOFER

Dass die Freiheitlichen der nächsten Regierung angehören werden, ist nicht ganz unwahrscheinlich. Betrachtet man die Umfragen der vergangenen Monate, ist das sogar stark untertrieben. Gewinnt die FPÖ die Wahl, zieht Parteichef Herbert Kickl dann als Bundeskanzler auf dem Ballhausplatz ein? Er, das oft genannte „Mastermind“ der FPÖ, der ehemalige Innenminister, den die ÖVP schon vor der Wahl 2019 zur Persona non grata in einer möglichen türkis-blauen Koalition erklärt hatte?

Das kommt erstens darauf an, wen der Bundespräsident mit der Regierungsbildung beauftragt, und zweitens, ob diese Person eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat. Geht die FPÖ also tatsächlich als Sieger aus der nächsten Nationalratswahl hervor, wäre die erste spannende Frage, ob sich Alexander Van der Bellen bei Kickl querstellt oder nicht. Im Hofburgwahlkampf war er immer wieder klar auf Distanz zu

»Theoretisch kann der Bundespräsident jeden erwachsenen Staatsbürger mit der Regierungsbildung beauftragen.«

**WERNER  
ZÖGERNITZ**

**Parlamentarismus-  
experte**

Kickl gegangen, hatte dessen Haltung zur EU und zu Russland kritisiert und an die Razzia im Verfassungsschutz 2018 erinnert. Allerdings: Auf die Frage, ob er Kickl im Falle eines blauen Wahlsieges also nicht automatisch mit der Regierungsbildung beauftragen würde, gab er auch kein klares Nein.

„Theoretisch muss der Bundespräsident den Chef der stimmenstärksten Partei nicht zwangsläufig mit der Regierungsbildung beauftragen“, sagt Parlamentarismus-Experte Werner Zögernitz. Im Gegenteil: Er kann den Auftrag jedem erwachsenen Staatsbürger erteilen. Das heißt, dass der Präsident auch jemand anderen aus der FPÖ mit der Regierungsbildung beauftragen könnte, wenn er Kickl ablehnt und trotzdem auf den Willen der Wähler Rücksicht nehmen möchte. „Aber diese andere Person aus der FPÖ würde das dann wohl ablehnen“, sagt Zögernitz.

Eine andere Möglichkeit wäre, dass sich andere Parteien zusammenfinden und eine parlamentarische Mehrheit

bilden. Eine solche braucht es, weil die Regierung sonst per Misstrauensvotum sofort abgewählt werden würde. Dieser Parteienzusammenschluss könnte dem Bundespräsidenten dann einen Vorschlag zur Bildung einer Bundesregierung machen.

Ganz neu wäre so etwas in Österreich nicht, erinnert Zögernitz an den Dezember 1999. Damals beauftragte Bundespräsident Thomas Klestil den amtierenden SPÖ-Chef Viktor Klima als Wahlsieger mit der Regierungsbildung. Die SPÖ versuchte sich mit der ÖVP auf ein Regierungsabkommen zu einigen, doch das gelang nicht. ÖVP und FPÖ schlugen Klestil daraufhin vor, eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden. Wie die Geschichte ausging, ist bekannt: Der Präsident verhinderte zwar Thomas Prinzhorn (FPÖ) wegen dessen ausländerfeindlichen Äußerungen als Minister, gelobte die Regierung Wolfgang Schüssel aber schließlich an. Er tat es zähneknirschend. ///